

WW  
iW

SONDERBEILAGE  
von Helmut Skala

OECD & die  
österreichische  
Bildungspolitik



# Der Einfluss der OECD auf die österreichische Bildungspolitik

In der Öffentlichkeit wird mit tatkräftiger Mithilfe der Politik permanent nach einer Totalreform des österreichischen Bildungswesens gerufen. Dabei wird aber stets verschwiegen, ob und in welche Richtung etwaige Veränderungen der Struktur und der Organisationsformen in der Sekundarstufe II geplant sind. Man muss daher ernsthaft die Frage stellen, ob die Bildungspolitik mit Unterstützung der Medien tatsächlich die gesamte österreichische Bildungsarchitektur – und damit auch die BMHS – in Frage stellt oder vor allem den in vielen Augen zu frühen Zeitpunkt der Trennung der Schülerströme nach der Volksschule einer Reform unterziehen will.

Meist wird in diesem Zusammenhang neben der Erziehungswissenschaft auch die OECD<sup>1</sup> bemüht und deren Empfehlungen gleichsam als Weisungen für die österreichische Bildungspolitik verstanden. Da Österreichs erfolgreiches und differenziertes Berufsbildungssystem mit den Ausnahme von Deutschland und der Schweiz vor allem in den englisch und französisch sprechenden Regionen kaum vergleichbare Einrichtungen kennt, stößt unser bewährtes System bei den Experten der OECD meist auf Skepsis, ja sogar auf strikte Ablehnung. Es ist auch interessant, dass die OECD<sup>2</sup> bei internationalen Vergleichsstudien vornehmlich die deutschsprachigen Länder mit ihrer Kritik im Visier hat.

Die Einbindung der OECD bei bildungspolitischen Entscheidungen in Österreich hat Tradition. Die meiste Beachtung in den Medien findet allerdings die OECD regelmäßig mit ihrer Vergleichsstudie „Education at a Glance“ und die stärkste öffentliche Erregung erfolgt stets nach der Veröffentlichung der PISA-Studien. Gerade diese Veröffentlichungen werden leider auch dazu benutzt, das österreichische Bildungssystem pauschal als ineffizient darzustellen und die Lehrer als Minderleister zu diffamieren.

Manche Aussagen und Empfehlungen der OECD haben sich aber auch positiv auf die Entwicklung des österreichischen Bildungssystems ausgewirkt. Allerdings sind nicht alle Prognosen der OECD,

die ihre Empfehlungen untermauern sollten, auch tatsächlich eingetreten.

## **EIN SCHULENTWICKLUNGSPROGRAMM MIT DER HILFE DER OECD**

In den sechziger Jahren wurde der österreichische Bericht über „Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum 1965 bis 1975“<sup>3</sup> erarbeitet sowie der in Kooperation mit der OECD geschaffene „Bildungsbericht 1975 an die OECD“<sup>4</sup> und der „Bildungsbericht 1979 – Die OECD-Prüfung des österreichischen Schulsystems“<sup>5</sup> geschaffen.

Ziel des Schulentwicklungsprogramms war eine Optimierung des Organisationsnetzes der Schulen zu realisieren, und zwar längerfristig planend, aber gleichzeitig möglichst kurzfristig in der Verwirklichung.

## **OPTIMIERUNG BEDEUTETE DABEI:**

1. Abbau des Bildungsgefälles zwischen ländlichen und städtischen Gebieten durch geografische Streuung der Schulen zur Überwindung regionaler Bildungsschranken, jedoch unter Wahrung der bildungsökonomischen notwendigen Betriebsgrößen;
2. eine an die Nachfrage und den Bedarf angepasste Steuerung der Ausbildungskapazitäten im gesamten Wirkungsbereich des Programms, insbesondere durch einen forcierten Ausbau der berufsbildenden Schulen;
3. eine ausgewogene Verteilung des Bildungsangebotes auf Allge-

- <sup>1</sup> OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
- <sup>2</sup> Die OECD-Mitgliedstaaten Die OECD-Mitgliedstaaten sind: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, die Slowakische Republik, Spanien, die Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich, und die Vereinigten Staaten. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft nimmt an den Arbeiten der OECD teil.
- <sup>3</sup> Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Bildungsbericht 1975 an die OECD, Wien 1975. S. 166.
- <sup>4</sup> Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Bildungsbericht 1975 an die OECD, Wien 1975. S. 167 ff.
- <sup>5</sup> Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Bildungsbericht 1979 – Die OECD-Prüfung des österreichischen Schulsystems, Wien 1979. S. 52 ff.
- <sup>6</sup> Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Bildungsbericht 1975 an die OECD, Wien 1975. S. 166 ff.
- <sup>7</sup> Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Bildungsbericht 1979, Die OECD-Prüfung des österreichischen Schulsystems, Wien 1979, S. 54 ff.
- <sup>8</sup> Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Bildungsbericht 1979, Die OECD-Prüfung des österreichischen Schulsystems, Wien 1979, S. 67 ff.
- <sup>9</sup> Das Weißbuch der BMHS, Wien 2009.



meinbildung, mittlere bzw. höhere Berufsbildung und zwar unter Berücksichtigung der Qualifikation, d. h. insbesondere Studien- und Berufsberechtigungen der Schulabsolventen

4. sowie die Entwicklung von Schulstandortgemeinschaften.<sup>6</sup>

Die Konkretisierung dieser Zielkomponenten erfolgte unter der Annahme, dass im Wirkungsbereich des Programms die Schulbesuchsquoten von 33% im Jahr 1980 auf 39% im Jahr 1987 angehoben werden, so dass eine ungefähre Proportion der Schulkategorien

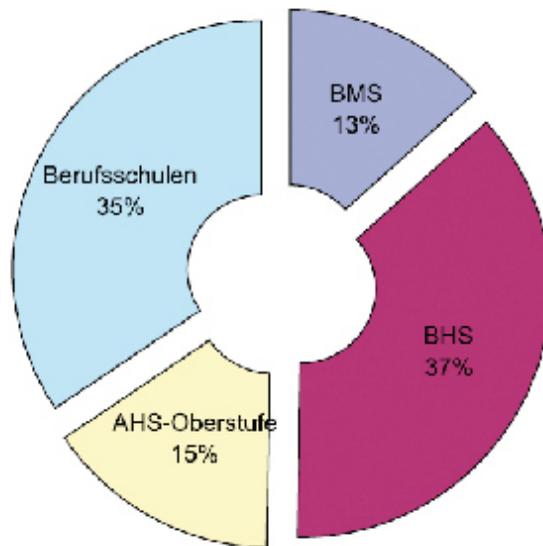
AHS: BHS: BMS = 1: 1: 1 entstehen sollte. Das heißt, dass auf einen Schüler der Oberstufe der „Allgemein bildenden höheren Schule“ (AHS) etwa ein Schüler der „Berufsbildenden höheren Schule“ (BHS) bzw. einer der „Berufsbildenden mittleren Schule“ (BMS) entfallen sollte.

#### NICHT ALLE PROGNOSEN DER OECD BEWAHRHEITEN SICH

Schon der Bildungsbericht 1979<sup>7</sup> aber zeigte, dass die tatsächliche Entwicklung nicht der Prognose folgen würde, denn der Zustrom zur BHS nahm überproportional zu<sup>8</sup> und führte dazu, dass seit dem Ende der 80iger Jahre fast 2/3 der österreichischen Maturanten ihr Reifezeugnis an einer BHS erwerben.

Der 1987 erstellten Prognose der Verteilung zwischen AHS, BHS und BMS von 1:1:1 steht nunmehr bei einem merklichen Rückgang bei den Lehrlingen und einer gleichzei-

**ABB. 1: VERTEILUNG DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER DER 10. SCHULSTUFE NACH SCHULARTEN 2005/2006.<sup>9</sup>**



tigen Erhöhung der Schulbesuchsquote ein ungefähres Verteilungsverhältnis von AHS: BHS: BMS = 1: 2,5: 0,9 gegenüber.

#### DIE GEBURT DER FACHHOCHSCHULEN IN ÖSTERREICH

Auch zu Beginn der 90iger Jahre hat sich die österreichische Bundesregierung wieder an die OECD gewendet, um bei der Einführung von Fachhochschulen in Österreich eine „empfehlende Weisung“ der OECD zu erhalten. Die ursprüngliche politische Idee in Österreich war es, im postsekundären Bereich zusätzliche Ausbildungsangebote zu schaffen. Solche Angebote waren

allerdings in Form der Kollegs und der Speziallehrgänge bereits existent, wurden jedoch durch den Bund finanziell systematisch ausgehungert und die erfolgreichen Speziallehrgänge schließlich sogar abgeschafft. Neue Angebote, die man zunächst „Fachakademien“ bezeichnete, wurden diskutiert und in politische Programme aufgenommen, wobei als besondere Innovation deren Finanzierung nicht von der öffentlichen Hand erfolgen sollte, sondern auf privatwirtschaftlicher Basis. Etabliert wurde schließlich völlig einfalllos das deutsche Fachhochschulsystem mit allen in Deutschland schon damals existierenden Problemen, die sich

**„EINE ANNÄHERUNG VON AHS UND BHS, WIE SIE VON DEN AUTOREN  
DIESES KAPITELS VERTRETEN WIRD, IST DERZEIT IN ÖSTERREICH  
NICHT GEGENSTAND EINER BREITEN DISKUSSION UND WÜRDIGKEIT  
MUTLICH KEINE MEHRHEIT FINDEN.“**

zwischen Fachhochschulen und Universitäten ergaben und leider weiter ergeben. Auch die von der Politik damals propagierte Finanzierungsform wurde nicht verwirklicht, sondern die öffentliche Hand zur Finanzierung herangezogen. Damit wurde die Budgetbasis für die bereits bestehenden Bildungseinrichtungen noch schmaler. Dabei verlangten manche Politiker sogar die Abschaffung der BHS, um die so frei werdenden Finanzmittel den neu zu etablierenden Fachhochschulen zuzuführen. Später folgende budgetäre Kahlschläge wie generelle Stundenstreichungen nach der „Rasenmäher-Methode“ waren leider die Folge. Und jene politischen Kräfte, die diese Stundenkürzungen als Oppositionsparteien noch als Bildungsabbau heftig kritisierten, waren - kaum selbst an der Regierungsmacht - keineswegs bereit diese Kürzungen rückgängig zu machen.

Es wurde sogar die OECD um ein Gutachten bemüht, das beweisen sollte, dass die BHS überhaupt entbehrlich sei. Anlässlich einer Tagung im niederösterreichischen Zeilern anlässlich der Etablierung von Fachhochschulen in Österreich erklärte mir der damalige Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busek in seiner charmanten Art, dass er nun, da es die Fachhochschulen geben wird, „Verständnis dafür habe, wenn künftig die HTL um ihr Überleben kämpft!“

Nicht nur die HTL hat überlebt, sondern die gesamte BMHS hat im Gegenteil dazu einen weiteren

Zuwachs erfahren. Die österreichische Politik erwartete sich damals eine klare Aussage der OECD in die Richtung, dass die Fachhochschulen in Österreich unbedingt eingeführt werden müssten. Die OECD vertrat jedoch seriöserweise die Meinung, dass es ausschließlich vom Willen der österreichischen Politik abhängt, ob Fachhochschulen eingeführt werden oder auch nicht und gab daher keine direkte Empfehlung ab.

**ENTSCHEIDEN MUSS DIE  
ÖSTERREICHISCHE REGIERUNG UND  
NICHT DIE OECD**

Allerdings stellte die OECD 1991 dazu durchaus wertend fest: „Die Entscheidung der österreichischen Bundesregierung, Fachhochschulen einzurichten, drückt die Überzeugung aus, dass die bestehende Struktur der weiterführenden Bildungsgänge den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht.“

In diesem OECD-Gutachten heißt es weiter: „Länger als die übrigen OECD-Länder hat Österreich an einer Struktur festgehalten, die sich einerseits durch einen homogenen, kaum differenzierten Postsekundarbereich auszeichnet und andererseits dadurch, dass die gehobene Berufsausbildung auf der Sekundarstufe verbleibt. Der Entschluss, sich von diesem Muster zu verabschieden, das für ca. 2 Jahrzehnte eine exklusive Besonderheit Österreichs in der entwickelten Welt darstellt, wirft die Frage nach den künftigen Beziehungen zwischen den Fachhochschulen und den

benachbarten Bereichen der BHS und der Universitäten auf.“

Daraus ist erkennbar nach welcher Bildungsideologie die OECD grundsätzlich ausgerichtet ist. Nämlich nach einem möglichst vergleichbaren Einheitssystem, welches sich daher vornehmlich nach den Modellen des englisch und französisch sprechenden Bereiches orientiert. Alle anderen Systeme werden jenseits der „entwickelten Welt“ eingeordnet. Von einer OECD, die mit ihrer Verantwortlichkeit für PISA und anderen Vergleichsstudien permanent und vorwiegend die wirtschaftliche Effizienz von Bildungseinrichtung überprüft und damit die nationale Bildungspolitik beeinflussen möchte und auch beeinflusst.

**DIE BMHS HAT DIE „ABSTIMMUNG  
MIT DEN FÜSSEN“ GEWONNEN**

Die Skepsis der OECD gegenüber der österreichischen BHS wurde jedoch durch die Entwicklung der Schülerströme in Österreich und zusätzlich durch die Zuerkennung eines europäischen Berufsdiploms gemeinsam mit der BHS-Reifeprüfung eindrucksvoll widerlegt. Die OECD meinte nämlich dazu: „Da die Fachhochschulen auch für AHS-Maturanten offen sind, könnten viele Schüler und Eltern“ – so lautet die Befürchtung – „die AHS-Oberstufe einer BHS vorziehen. Die tatsächliche Entwicklung wird vom Ausmaß der Anerkennung der in den BHS erworbenen beruflichen Qualifikationen abhängen“

Diese Anerkennung seitens der Fachhochschulen ist trotz aller Beteuerungen der verantwortlichen Politik bis heute nahezu zur Gänze ausgeblieben, was zum Teil mit der Finanzierungsart der Fachhochschulen durch die öffentliche Hand auf der Basis von Kopfquoten zusammenhängt.

Trotz dieser verlauteten Befürchtungen der OECD und der bis heute fehlenden Anerkennung der an einer BHS erworbenen beruflichen Qualifikation durch die österreichischen Fachhochschulen hat die BHS nichts an Attraktivität eingebüßt.

Darüberhinaus meinten die Experten der OECD und ihre Sprecher in Österreich 1991 sogar weiter: „Eine Annäherung von AHS und BHS, wie sie von den Autoren dieses Kapitels vertreten wird, ist derzeit in Österreich nicht Gegenstand einer breiten Diskussion und würde vermutlich keine Mehrheit finden.“

### **ÖSTERREICHS BILDUNGSPOLITIKERINNEN UND -POLITIKER SUCHEN INTERNATIONALE UNTERSTÜTZUNG**

Nach wie vor wird von den Verantwortlichen für die österreichische Bildungspolitik zur Rechtfertigung und zur Unterstützung ihrer geplanten Maßnahmen die OECD mit ihren vornehmlich ökonomisch denkenden Experten beigezogen. Und es ist nach wie vor bei Österreichs Bildungspolitik sehr beliebt, den eigenen Auftritten bei Pressekonferenzen durch die Beziehung

von Repräsentanten der OECD internationales Flair einzuhauchen, um die eigenen oft sehr einfallslosen und schwachen Argumente zu untermauern.

Im Zuge der unendlichen Diskussion um die gemeinsame Schule der 10 bis 14 Jährigen hat sich im Spätherbst 2009 die Unterrichtsministerin, wie so oft, Unterstützung von außen geholt und gemeinsam mit BERNARD HUGONNIER, Vize-Direktor für Bildung der OECD, eine Pressekonferenz veranstaltet. Im Zuge dieser Pressekonferenz zum Thema Reformbedarf für Österreichs Schulwesen hat sich HUGONNIER soweit verstiegen festzustellen, das österreichische Bildungswesen könne nicht einmal reformiert werden, sondern es müsste vollkommen neu erfunden werden.

### **EXPERTENMEINUNGEN SOLLTEN KLARHEIT SCHAFFEN**

Wenige Tage später hielt HUGONNIER ein Referat<sup>10</sup> in Budapest im Rahmen eines Seminars von „EI“<sup>11</sup> und „ETUCE“<sup>12</sup> über die weltweiten Entwicklungen der Berufsbildung. Dabei hat HUGONNIER Österreich als gutes Beispiel für eine aktive Berufsbildungspolitik bezeichnet. Auf meine Vorhaltung in der anschließenden Diskussion, warum er das österreichische Bildungssystem vor wenigen Tagen in Wien als nicht einmal reformfähig bezeichnet hat und damit auch indirekt die Lehrerschaft als unfähig hingestellt hat, wenn er nun ein sogenanntes „good practice“-

<sup>10</sup> [www.oecd.org/edu/learning-forjobs](http://www.oecd.org/edu/learning-forjobs); [www.oecd.edu.org](http://www.oecd.edu.org)

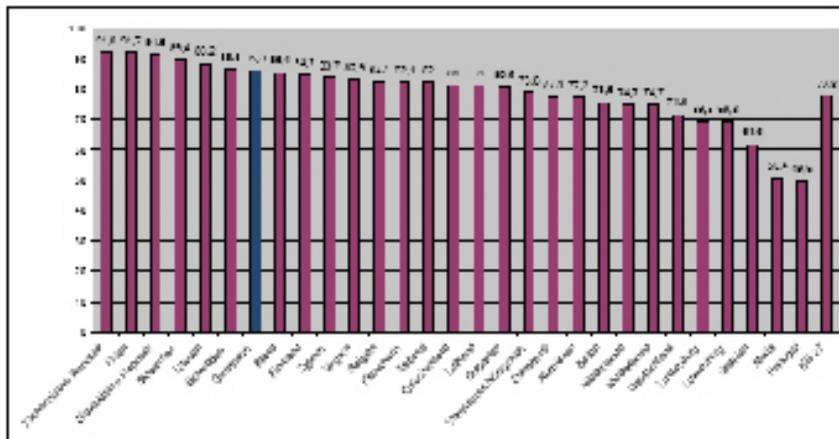
<sup>11</sup> EI, Education International, Bildungsinternationale mit Sitz in Brüssel.

<sup>12</sup> ETUCE, European Trade Union Committee for Education mit Sitz in Brüssel.

Beispiel aus Österreich bringt, hat er mit französischer Zurückhaltung überhaupt nicht reagiert, sondern stereotyp darauf verwiesen, dass die „Selektion“ der Schülerinnen und Schüler mit 10 Jahre zu früh sei.

In einer anschließenden Aussprache pflichtete er mir allerdings interessanterweise bei, dass die Wahl mit 14 bzw. 15 Jahren den weiteren Bildungsweg in der Sekundarstufe II in einem berufsbildenden Segment oder im allgemein bildenden zu beschreiten keinesfalls zu früh sei. Er hat bei dieser Gelegenheit auch angekündigt, dass im Jahr 2010 ein OECD-Länderbericht über die Berufsbildung in Österreich geplant sei.

Da wir mit OECD-Berichten, die vor allem auf Angaben und Informationen der politischen Verantwortungsträger Österreichs beruhen, unsere besonderen Erfahrungen haben, hat uns die EI, die an die österreichischen Verantwortlichen gerichteten Fragen ebenfalls zur Verfügung gestellt. Damit werden wir die Möglichkeit haben das Entstehen dieses Länderberichtes aufmerksam zu verfolgen und etwaige daraus resultierende Reformvorschläge entsprechend zu bewerten. Besonders interessant wird es sein, welche „stakeholder“ der Berufsbildung bei den obligatorischen Besuchen der OECD-Experten im Zuge der Berichterstellung zu direkten Stellungnahmen eingeladen werden und welche Aussagen diese treffen werden.



Quelle: Eurostat, IFS, EU-Kommission 2007b

**ABB. 2: ANTEIL DER BEVÖLKERUNG MIT EINEM ABSCHLUSS DER SEKUNDARSTUFE II<sup>14</sup>**

### KOLLEKTIVES KRANKJAMMERN DES ÖSTERREICHISCHEN BILDUNGSSYSTEMS

Das österreichische Berufsbildungssystem nimmt in seiner Ausgewogenheit zwischen dem „dualen System“ von Lehre und Berufsschule auf der einen Seite und dem breiten Angebot der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) als berufsbildenden Vollzeitschulen auf der anderen Seite eine besondere Stellung in Europa ein und trägt auch positiv zum Wirtschaftsstandort Österreich bei. Sicherlich kann aber auch an Österreichs Berufsbildung noch vieles verbessert werden. Daher kann der OECD-Expertise über Österreich auch mit Interesse entgegengeblickt werden.

Medienauftritte mit „Adhoc-Expertisen“ einzelner OECD-Mitarbeiter, die von Österreichs Politik zur Unterstützung ihrer bildungspolitischen Aussagen aufgegeben werden, sind allerdings entbehrlich.

So hat Ende 2009 ein Mitarbeiter der OECD, der Ökonom ANDREAS WÖRGÖTTER<sup>13</sup>, am Rande des „Dialogs Hochschulpartnerschaft“, zu dem er von der Unterrichtsministerin und vom Wissenschaftsminister eingeladen war, tatsächlich Südkorea als nachahmenswertes Vorbild für Österreich genannt. Das Land habe, so WÖRGÖTTER, innerhalb weniger Jahrzehnte einen „Quantensprung“ bei den Graduiertenraten erzielt. Und weiter: „Mittlerweile hätten fast alle Südkoreaner eines

Altersjahrganges zumindest einen Sekundarstufenabschluss“.

### ANGEPRIESENE VORBILDER SOLLTEN AUCH TATSÄCHLICH VORBILDER SEIN

Es bleibt zu hoffen, dass WÖRGÖTTER die südkoreanischen Verhältnisse besser kennt als die österreichischen, bestätigen doch alle Vergleichsstudien, dass Österreich das Ziel der EU, die Sekundarstufenabschlüsse betreffend, weit übertrifft und auch „fast“ alle Österreicher einen Abschluss der Sekundarstufe II vorweisen könne. Nur manche Vertreter der OECD haben dies noch nicht wahrgenommen.

Weiter behauptete er: „Ähnlich wie in Deutschland sei man in Österreich zu stark auf berufsbildende höhere Schulen (BHS) fixiert, was „zu Bildungssackgassen führen kann“. Das System biete zwar einen effizienten Übergang auf den Arbeitsmarkt – wenn dieses Arbeitsverhältnis aber ende, hätten gerade BHS-Absolventen Probleme beim Finden eines neuen Jobs“.

Diese Aussage ist schlicht falsch. Denn in Deutschland liegen die Schwerpunkte der Berufsbildung beim „dualen System“ und bei den Fachhochschulen. Eine BHS in der quantitativen österreichischen Ausprägung ist in Deutschland nicht gegeben. Daher befinden sich auch in Deutschland seit Jahren hunderttausende junge Menschen in „Ausbildungswarteschleifen“ ohne Berufsberechtigungen, bis sie endlich, meist bereits weit älter als 15

bis 16 Jahre, einen Lehrplatz finden können. Dies erklärt auch die weit höhere Arbeitslosenrate dieses Alterssegmentes im Vergleich zu Österreich.

Zum Thema Bildungssackgasse muss außerdem festgestellt werden, dass es wohl wenige Länder gibt, die derart viele Wege zur Universitätsreife anbieten, wie dies in Österreich bereits verwirklicht ist. WÖRGÖTTER ist es aber auch bei seinem Vergleich Österreichs mit dem erfolgreichen Korea entgangen, dass im Zuge der OECD-Studie „Learning for Jobs“ für unser „Vorbild“ Korea sehr umfangreiche Empfehlungen zur Verbesserung des Schulwesens gegeben werden mussten.<sup>15</sup>

So wurden zu folgenden Bereichen im Ländervergleich zwischen der Schweiz, Australien, Norwegen, Schweden und Ungarn umfangreiche Verbesserungsvorschläge an Korea gerichtet.

### WAS HAT UNSER „VORBILD“ KOREA BISHER VERABSÄUMT?

Steuerung des Berufsbildungsangebotes: Es sollen Gremien geschaffen werden, in denen die Interessenvertreter der Industrie sowie auch aller zuständigen Ministerien an der Entwicklung und der Implementierung der Berufsbildung beteiligt sind. Standards/Kompetenzen/Assessment in der Berufsbildung: Die Lehrpläne der Berufsbildungsinstitutionen sollten den für die Industrie wichtigen nationalen technischen Standards angepasst werden. Mit dem Abschluss der Berufs-

bildung sollten die Studierenden zwei Zeugnisse erhalten: ein Abschlusszeugnis der Berufsbildungsinstitution und ein Zeugnis zu den technischen Qualifikationen.

Die Effizienz der nationalen technischen Qualifikationen sollte vom Arbeitsministerium evaluiert und falls nötig reformiert werden.

Datenbasis/Transparenz bezüglich Berufsbildung: Angebot, Qualität und Wirksamkeit des ersten Arbeitsplatz-Trainings sollten verbessert werden; dies durch Anreize für Partnerschaften zwischen Berufsbildungsinstitutionen und Firmen und durch die Entwicklung und Anwendung von Qualitätsstandards.

Qualifikationen der Lehrpersonen der Berufsbildung: Neu rekrutierte Lehrpersonen sollten ermuntert werden, vor dem Beginn der Lehrtätigkeit – vor allem auf Sekundarstufe II – spezifische Arbeitserfahrung zu sammeln.

Alle Berufsbildungsinstitutionen sollten sicherstellen, dass Lehrpersonen regelmäßig ihre Kenntnisse der Berufsbildung aktualisieren, inklusive ihr Wissen über Technologien und Arbeitspraktiken.

Diese aus der Sicht der OECD notwendigen Empfehlungen an Korea, dem „Vorbild“ für Österreich, sprechen für sich. Sie sind leider ein weiterer Beweis für die Ahnungslosigkeit mancher Wirtschaftsexperten innerhalb der OECD was das österreichische Berufsbildungssystem betrifft.

Sicherlich können und sollten auch für Österreichs berufsbildendes

Schulwesen Verbesserungsempfehlungen erteilt werden. Solche wie an Korea sind jedoch sicher nicht erforderlich, da das österreichische Berufsbildungswesen einen Vergleich mit Korea keineswegs scheuen muss und dieses auf dem Gebiet der Berufsbildung sicher nicht als Vorbild braucht.

### **GRÜNDLICHEN ANALYSEN DES IST-ZUSTANDES**

WÖRGÖTTER ignoriert nämlich darüber hinaus, dass beinahe 2/3 der österreichischen Maturanten von einer BHS kommen und von diesen ein hoher Prozentsatz erfolgreich weiterstudiert. Von jenen, die sofort einen Beruf ergreifen, sind keinerlei Statistiken oder Untersuchungen vorliegend, die belegen, dass diese bei einem späteren Jobwechsel Schwierigkeiten hätten. Gerade das Gegenteil ist der Fall und außerdem bietet gerade die fundierte Ausbildung an einer BHS eine hervorragende Basis für das „Lebensbegleitende Lernen“.

Von manchen Repräsentanten der OECD sind wir solche Aussagen leider gewöhnt und bewerten sie auch mit den gebotenen Vorbehalten. Mehr als befremdend ist allerdings, dass sowohl die Unterrichtsministerin als auch der Wissenschaftsminister solche unrichtigen Behauptungen widerspruchslos im Raum stehen ließen. Gerade von ihnen müsste man doch erwarten, dass sie auf Grund ihrer politischen Verantwortung mit der österreichischen Bildungsarchitektur ausreichend vertraut sind.

<sup>13</sup> www.orf.at; 29. 11. 2009.

<sup>14</sup> Das Grünbuch der BMHS, 2009.

<sup>15</sup> Schweizerische Eidgenossenschaft; OECD-Studie Learning for Jobs: Ländervergleich; Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT, 2009.treffen werden

### **DEN EXPERTISEN DER OECD IST DER RICHTIGE STELLENWERT ZU GEBEN**

Expertisen der OECD sollen und dürfen jedoch trotzdem nicht grundsätzlich ablehnend beurteilt werden, denn sie weisen sehr oft auf interessante und neue Aspekte hin, die zur Verbesserung auch der österreichischen Berufsbildung nützlich sind. Allerdings sind die regelmäßigen öffentlichen „Erregungen“, die sich nicht nur in Österreich zum Beispiel im Gefolge von PISA-Berichten abspielen sowie die damit verbundenen Schuldzuweisungen und Medienkampagnen vor allem gegen die Lehrerschaft nicht gerade vertrauensbildend. Die Schlussfolgerungen sollten allerdings auch unter dem Vorbehalt betrachtet werden, dass erstens ausschließlich Informationen, die von österreichischen Stellen gemeldet werden, verarbeitet werden und zweitens, dass die Sichtweise der OECD von ihrem statutarischen Auftrag her gesehen grundsätzlich global und ökonomisch geprägt ist.

Die ökonomische Globalisierung mit all ihren Konsequenzen darf jedoch nicht zu einer globalen „Einheitskultur“ führen. Eine der Grundvoraussetzungen für das erfolgreiche Entstehen der Europäischen Union war die Wahrung der Eigenstaatlichkeit der Mitgliedsländer auf kulturellem Gebiet. Basis für die Wahrung und die Pflege kultureller Werte ist jedoch das Bildungswesen. Schließlich ist auch im jüngsten Vertragswerk der EU die Bildung nach wie vor als

**ES DARF DAHER DER ENTSTEHUNG UND DEN RESULTIERENDEN VORSCHLÄGEN DES LÄNDERBERICHTES DER OECD ÜBER DIE ÖSTERREICHISCHE BERUFSBILDUNG MIT INTERESSE ENTGEGENGEBLICKT WERDEN.**

souveräne Aufgabe der Mitglieds-länder hervorgehoben. Daher sollte unsere Bildungspolitik ausschließlich von Österreich, in Österreich und für die Jugend Österreichs gemacht werden und die politische Verantwortung nicht auf OECD-Studien abgewälzt werden.

**DIE AKTUELLE OECD-STUDIE:  
„LEARNING FOR JOBS“**

Besonderes Augenmerk legt die OECD derzeit mit ihren Untersuchungen auf die Berufsbildung, da diese natürlich direkten Einfluss auf die wirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen ermöglicht. Auch hier steht das ökonomische Interesse für die OECD gemäß ihrem Auftrag im Vordergrund der Überlegungen.

Die jüngste Studienserie, die von der OECD durchgeführt wird, untersucht den Stand der Berufsbildungspolitik im Ländervergleich. Aus dieser Studie wurde bereits weiter oben auf Korea Bezug genommen. Diese Untersuchungsreihe wird unter dem Titel: „Learning for Jobs“<sup>16</sup> durchgeführt.

Die OECD geht dabei von der Überlegung aus, dass in einer Zeit, in der die globale Wirtschaft von einer Krise überschattet wird, es gilt neue Wachstumsquellen zu finden, um die Voraussetzungen für eine nachhaltige und ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Diese sind erforderlich, um die nun erforderlichen hochwertigen Arbeitsplätze zu schaffen.

Dabei spielt die berufliche Bildung junger Menschen bei der Realisierung dieses Zieles eine entscheidende Rolle. Die vergleichende Untersuchungsreihe soll daher auch praktische Vorschläge an die Länder weitergeben, wie zum Beispiel in Partnerschaft mit den Unternehmen sichergestellt wird, dass das Lehrpersonal in der Berufsbildung ein gutes Verständnis für moderne Industriestrukturen entwickelt und die fachpraktischen Ausbildung integrierter Bestandteil jeder beruflichen Bildung sein soll.

**WIRTSCHAFTLICHES  
WACHSTUMSPOTENZIAL  
DURCH HOCHPROFESSIONELLES  
LEHRPERSONAL**

Damit die Berufsbildung den in sie gesetzten Erwartungen als Wachstumspotenzial gerecht werden kann, ist ein erneuerter Zugang mit einem hochprofessionellen Lehrpersonal erforderlich, um die jungen Menschen auf die Erfordernisse der Arbeitsplätze der Zukunft vorzubereiten. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass im Zuge der ökonomischen Entwicklung neue Berufsfelder entstehen werden, vor allem im Bereich des Umweltschutzes, in der Medizin, in der Pflege und vielen anderen Dienstleistungen. Die Berufsbildung darf sich allerdings nicht darauf beschränken für eine berufliche Erstanstellung auszubilden, sondern muss die Bereitschaft und die Befähigung vermitteln, um erfolgreiche berufs begleitende Weiterbildungen in einer sich stän-

dig weiterentwickelnden Berufswelt zu ermöglichen. Vor allem bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen Berufsbildung und Wirtschaft, um eine arbeitsplatzreale Ausbildung mit verwertbarer Praxisrelevanz sicherzustellen und in den jungen Menschen ein frühes Verständnis und einen realen Bezug zur Arbeitswelt zu vermitteln.

Die Studie soll den Ländern als Hilfsmittel dienen, um die Berufsbildungssysteme vermehrt auf die Anforderungen der Arbeitsmärkte auszurichten. Sie soll dazu beitragen, Erhebungsgrundlagen zu verbessern, um verschiedene Möglichkeiten der Berufsbildungspolitik aufzuzeigen sowie Hilfsmittel zu entwickeln, mit denen die Wirkung von Veränderungen besser abgeschätzt werden können.

Diese Ziele der OECD sind sicher durchaus ernst zu nehmen und zu unterstützen und werden von der österreichischen Berufsbildung auch bereits weitgehend verwirklicht. Vor allem was die Symbiose von Ausbildung und Allgemeinbildung betrifft und so zu einer echten Berufsbildung führt, im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen ein bloßes Berufstraining vorherrscht. Dort wird nämlich Berufsbildung auf bloßes „professional training“ reduziert und verliert den Charakter einer umfassenden Bildung. Sicherlich sind auch in Österreich Verbesserungen in der Berufsbildung notwendig, vor allem im Bereiche der Ressourcenzuteilung und der Aufbringung von Bud-

getmittelt sowie im Blick auf eine autonome Entwicklung innovativer Potenziale.

Allerdings sind auch manche Ansätze dieses OECD-Papiers leider sehr einseitig auf maßgeschneiderte Wünsche des gegenwärtigen Arbeitsmarktes abgestellt und zu wenig auf die Erfordernisse und Strategien eines berufsbegleitenden Lernens. Auch im Bereich der Lehrerrekutierung sind jene OECD-Vorschläge, die in die Richtung von Teilzeitjobs und befristete Vertragsverhältnisse für Berufsbildner gehen, nicht zu unterstützen. Genauso wenig auch die Vorstellung, die starke Arbeitslosigkeit in Folge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise für die günstige Rekrutierung von Lehrerinnen und Lehrern zu „nutzen“.

### **DIE BERUFSBILDUNG ALS MOTOR DES WIRTSCHAFTSAUFSCHWUNGS**

Ein zweiter Report der OECD mit dem Namen „Systemic Innovation in VET“ versucht sehr gezielt die Regierungen zu motivieren, die gegenwärtige Wirtschaftskrise zum Anlass zu nehmen, ihre Berufsbildungssysteme zu überdenken und innovative Wege zu suchen, die Berufsbildung qualitativ zu stärken. Ebenso wird vorgeschlagen, einen permanenten Dialog aller an der Berufsbildung interessierten Bereiche sicherzustellen. Vor allem aber wird gefordert, eine gut organisierte, formale, leicht zugängliche und stets aktuelle Wissensbasis über die Berufsbildung zu schaffen, als eine Voraussetzung, um inno-

vative Vorteile verwirklichen zu können.

Besonders hebt dieser Report auch die Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen in berufsbildende Innovationsbestrebungen mit dem Ziel einer permanenten Evaluation hervor.

Auch die Aufforderung der OECD an die Regierungen, die Berufsbildungsforschung und damit die Berufsbildungsinnovation auf nationaler Ebene zu fördern, ist zu begrüßen.

Ebenso erfreulich ist auch, dass mit dem alten Vorurteil, Lehrerinnen und Lehrer seien grundsätzlich gegen Neuerungen eingestellt, in diesem Report aufgeräumt wird. Der Report hebt sogar hervor, dass für das Engagement und den beruflichen Enthusiasmus der Lehrerschaft, deren partnerschaftliche Einbindung in die bildungspolitischen Entscheidungen und die Absicherung ihrer Arbeitsplätze unabdingbare und entscheidende Determinanten sind.

Es darf daher der Entstehung und den resultierenden Vorschlägen des Länderberichtes der OECD über die österreichische Berufsbildung mit Interesse entgegengesehen werden. Und es bleibt zu hoffen, dass die OECD-Experten die kompetenten Gesprächspartner in Österreich finden mögen sowie die richtigen Unterlagen erhalten werden, so dass auf Grund der Feststellungen der OECD-Experten und deren Verbesserungsvorschlägen auch die notwendigen Maßnahmen der politischen Ver-

<sup>16</sup> Länderuntersuchungen zur Berufsbildungspolitik mit landesspezifischen Empfehlungen zur Politik wurden bereits in Schweden, Großbritannien (England und Wales), Ungarn, Australien, Norwegen, Mexiko, Korea und der Schweiz zwischen Ende 2007 und Ende 2008 durchgeführt.

Die zweite Phase dieser Arbeit, in der weitere Länderuntersuchungen in Österreich, Belgien (flämische Bevölkerung), der Tschechischen Republik, Deutschland, Irland und den Vereinigten Staaten (South Carolina und Texas) durchgeführt werden, finden 2009 und 2010 statt. Der endgültige Vergleichsbericht, der alle Ergebnisse der Studie zusammenführt, erscheint 2010.

antwortungsträger folgen können. Demotivierende Diskussionen mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, Lehrerbeschimpfungen und öffentlichen Erregungen in den Medien, wie sie leider nach den jeweiligen PISA-Berichten bei uns Tradition und Unsitte geworden sind, werden uns dabei hoffentlich erspart bleiben. Vielmehr sollten auf einer sachlichen Diskussionsebene fußende gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, der Berufsbildung in Österreich die Möglichkeiten zu geben, noch mehr Attraktivität zu entwickeln und so zur weiteren Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Österreich beizutragen.

### **DER AUTOR**

Dkfm. Mag. Helmut F. SKALA  
Vertreter Österreichs im Europäischen  
Gewerkschaftskomitee für  
Bildung und Wissenschaft (ETUCE) und  
Mitglied der Taskforce VET  
(Vocational Education and Technique)  
sowie des Committee for Higher